

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Wirtherle hatte mich gebeten sie in der Haushaltsrede zu vertreten, weil sie für diesen Monat einen besonders vollgepackten Terminkalender hatte. Deswegen werde ich heute anstelle von Frau Wirtherle die diesjährige Haushaltsrede für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen halten.

Die Energiekrise und der nicht kalkulierbare Ukrainekrieg wird mit Sicherheit noch bis in das Jahr 2024 einen starken Einfluss auf die wirtschaftliche Situation in Sinsheim haben.

Unter all diesen schon erwähnten schwierigen Rahmenbedingungen müssen wir hier in Sinsheim den Haushalt 2023, und auch mit Sicht auf 2024, für unsere Stadt so gestalten, dass er finanziell nachhaltig ist, aber auch gleichzeitig die Pflichtaufgaben der Kommune erfüllen kann. Das Kunststück was es zu bewerkstelligen gilt ist, dass die sogenannten freiwilligen Leistungen auf ein Minimum beschränkt werden müssen, und trotzdem muss die Daseinsfürsorge für die Bürger und Bürgerinnen dieser Stadt gewährleistet sein.

Wie kann man diesen Haushaltsansatz 2023 bewerten? Erstmal sind es diesmal rein physisch weniger Seiten als letztes Jahr und man könnte daraus schließen, dass der eingebrachte Haushalt aufgrund der schwierigen Finanzlage sehr eng gestrikt ist. Das ist er auch.

Wenn man die wichtigen Kennzahlen des diesjährigen Haushaltsansatzes anschaut und alles zusammenfügt, ergibt es in der Gesamtbilanz wie schon im letzten Jahr ein negatives Ergebnis zwischen den ordentlichen Erträgen und den ordentlichen Aufwendungen. Mit dem Negativsaldo von 1,3 Millionen Euro zwar etwa nur die Hälfte des Negativsaldo vom letzten Jahr – trotzdem müssen wir unseren Kreditbedarf erhöhen, um die geplanten Investitionen für 2023 finanzieren zu können. Geplant ist eine erneute Kreditaufnahme von 9,9 Millionen Euro.

Ein Großteil unserer Investitionen der kommenden 3 Jahre wird sich auf 4-5 Großprojekte in Sinsheim konzentrieren, vorneweg die Generalsanierung der Kraichgauer Realschule, das neue Feuerwehrgerätehaus Sinsheim, die Sanierung der Reihener Grundschule und der Neubau des Kindergartens in Sinsheim-Dühren.

Zum Thema Wohnraum schaffen

Durch eine schwächelnde Baukonjunktur sind in diesem Jahr weniger Wohnungen entstanden als ursprünglich geplant, auch hier im Rhein-Neckar-Kreis. Die demografische Situation unserer Kommune ist nach wie vor geprägt von einer alternden Gesellschaft. Trotz dieser eher negativen demografischen Aussicht wird ein Bevölkerungszuwachs bis 2030 von 5% für Sinsheim prognostiziert. Man kann also mit 1000-2000 zusätzlichen neuen Mitbürgern und Mitbürgerinnen in Sinsheim rechnen, welche ebenfalls Wohnraum benötigen. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch sehr bald die 37 000 Einwohnermarke knacken werden.

Der Bedarf an Pflege-Immobilien sowie der Bedarf auch an bezahlbarem Mietwohnraum für Menschen mit unteren und mittleren Einkommen (Pflegekräfte, etc...) ist in Sinsheim jetzt schon enorm und wird durch den Zuzug von Menschen nur noch wachsen. Zurzeit werden von den ca. 15500 Haushalten in Sinsheim gut zwei Drittel von 1 bis 2 Personen belegt. Im Durchschnitt leben 2,2 Personen pro Haushalt in Sinsheim - Tendenz fallend.

Wir Grüne glauben, dass Sinsheim es sich schlicht nicht leisten kann, gut erschlossene Freiflächen im Innenstadtbereich sowie auch in den Teilorten, mit guter ÖPNV-Anbindung, brachliegen zu lassen und diese Flächen nicht der Wohnbebauung zu zuführen.

Ob es sich um das Elsenzhallen-Areal handelt, oder die Fläche rund um die Sidlerschule, die Projektentwicklung bei der Werderstraße oder auch der Stadteingangsbereich zwischen Hornbach und Jahnstraße - wir sollten unbedingt Wohnbebauung zulassen, Flächenumwidmungen von Parkplätzen ermöglichen, damit so viel wie möglich vernünftige Wohnbebauung entstehen kann.

Sehr geehrte KollegInnen Innenverdichtung in einer Stadt schafft fast immer Unruhe und Konflikte mit den angrenzenden Nachbarn. *Zu klotzig, zu viel Verkehr und außerdem warum so viele Menschen, das brauchen wir nicht. – Das sind die häufigsten Argumente*

Auf die Mischung kommt es an und hier müssen wir selbstverständlich als Gemeinderat den Projektentwicklern über die Schulter schauen. Wir Alt-Sinsheimer, die noch das „Heitere Landstädtchen von Goethe“ irgendwie in unsere Erinnerung haben, sollten uns im Klaren sein, dass ein gesundes Wachstum einer Stadt auch immer ein wirtschaftliches Wachstum mit sich zieht.

Laut einer Studie von 2022 des Forschungs- und Beratungsunternehmens Prognos gehört unser Landkreis und der Nachbarlandkreis Heilbronn zu einen der Top-Wachstumsregionen in Deutschland.

Sinsheim hat mit seiner guten Anbindung und mit seiner zentralen Lage zwischen den Boom Regionen Heilbronn/Neckarsulm und Heidelberg/Mannheim eine herausragende Stellung für ein gemäßigtes Wachstum. Wir sind eine Stadt, welche ganz offensichtlich inzwischen auch jüngere Menschen anzieht, um sich hier ihren Lebensmittelpunkt aufzubauen, weil sie in den angesprochenen Regionen arbeiten oder in der Umgebung in den zahlreichen mittelständischen Betrieben entlang der A6 ihre Ausbildung machen.

Der Bedarf an Wohnraum in Sinsheim ist groß.

Die BürgerInnen und Nachbarn von geplanten Bauvorhaben mitzunehmen, sehen wir als selbstverständlich. Die Werkzeuge für Bürgerbeteiligung sind im Baurecht als auch in der Gemeindeordnung vorhanden. Frühzeitige Kommunikation und sauberes Arbeiten ist alles und steigert auch die Akzeptanz von Nachverdichtungen.

Wenn möglich sollten wir die Entstehung von Wohnquartieren mit familiengerechten Wohnungen aber auch mit kleineren Wohnungen fördern. Wohnraum muss unbedingt bezahlbarer bleiben.

Überall dort wo wir Einfluss nehmen können, wie bei Konzeptvergaben, vorhabenbezogenen Bebauungsplänen oder auch dort, wo wir Vorkaufsrechte schaffen können – Stichwort Sanierungsgebiet, sollten wir nach der Auffassung unserer Fraktion diese Forderungen stellen. Sinsheim wird aber weiter auf Investoren angewiesen sein und auch dann bei der Projektentwicklung von Wohnraum auf Kompromisse eingehen müssen. Kein Unternehmen arbeitet ohne eine Rendite.

Für uns Grüne heißt das „Sinsheimer Standards“ zu schaffen, damit die privaten Projektentwickler, Wohnbaugenossenschaften oder aber auch die klassischen Investoren genau wissen, woran sie sind bei der Entwicklung von Bauprojekten. Eine ausreichende Personalausstattung und Sachkompetenz in den entsprechenden Behörden unserer Stadtverwaltung ist der Schlüssel für die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Sinsheim und die Verkehrswende

60.000 KFZ-Bewegungen pro Tag in der Sinsheimer Kernstadt sind eine Belastung, nicht nur für die Autofahrer, auch für die Menschen, die gar kein Auto haben, weil sie zu alt sind, weil sie es sich nicht leisten können oder weil sie für sich entschieden haben auf das Auto zu verzichten. Die Zahl der zugelassenen PKWs liegt derzeit bei 23.400 oder 655 Autos pro 1000 Einwohner. Den Weg, der Sinsheim in den 60er Jahren eingeschlagen hatte, d.h. auf mehr Verkehr, verursacht durch mehr Autos mit mehr neuen Umgebungsbauten, Kreisverkehren und und und ... zu antworten, hat Sinsheim in eine verkehrspolitische Sackgasse gebracht.

Auch in diesem Jahr stellen wir wieder 5 Mio. Euro für die notwendigen Maßnahmen zur notwendigen Erhaltung von Verkehrsflächen in den Haushalt – demgegenüber haben wir ca. 100.000 Euro in die Maßnahmen investiert, welche das Fahrradfahren in Sinsheim vereinfachen. Die erhoffte und auch notwendige Verkehrswende für Sinsheim lässt auf sich warten. Ja, wir freuen uns über die Ampel beim Lidl im Wiesental in Steinsfurt, die geplante Verbesserung Fahrradweg Steinsfurt-Adersbach, welche ja vom Rhein-Neckar-Kreis finanziert wird, die abschließbaren Fahrradboxen am Bahnhof, sowie den Ausbau der Fahrradverbindung Sinsheim-Hoffenheim, als auch die Umwidmung des Bachdammes in eine Fahrradstraße, aber es müsste natürlich noch viel mehr passieren, insbesondere auch für den wachsenden Fahrradverkehr – es fehlen nach wie vor die großen Entwürfe, um mehr Bürger für die Verkehrswende zu gewinnen.

Leider stehen im Haushaltsansatz 2023 auch immer noch Posten für die großen Verkehrsinfrastrukturprojekte in der Projektion für die Haushalte 24 bis 26. Meine Damen und Herren, wir alle wissen, dass dessen Realisierungen im wahrsten Sinne des Wortes in den Sternen steht. Zu mindestens muss uns eines klar sein, dass bei diesen prognostizierten wirtschaftlichen Entwicklungen in Deutschland solche kostspieligen Verkehrsbauten in Sinsheim nicht zeitnah realisierbar sind.

Eine Nordanbindung, das hat ja die Verkehrsuntersuchung 2019 klar ergeben, führt ja nur in Kombination mit der Osttangente zu einer wirklichen verkehrlichen Entlastung der Innenstadt. Nur das eine zu bauen, weil für das andere dann doch das Geld nicht reicht, ist für uns Grüne eine Verschwendung von Geldern.

Die Kosten für die beiden Projekte werden mit Sicherheit im höheren achtstelligen Bereich liegen und die Kosten für den Umbau der Innenstadt, der ja dann parallel laufen sollte, d.h. eine verkehrsberuhigte Zone in der Hauptstraße, das Projekt Karlsplatz-Friedrichstraße und ein daraufhin neues angepasstes ÖPNV-Angebot in der Kernstadt sind noch gar nicht hinzugerechnet. Nochmal: Verkehrswende, und das sagt die Wissenschaft, heißt mehr ÖPNV, mehr Fahrradinfrastruktur, Umwidmung von Parkraum im Innenbereich und weniger und vor allem kleinere Fahrzeuge, wenn möglich elektrisch angetrieben – dass sind die Schlagworte.

Sinsheim kann es sich unserer Meinung nach schlicht nicht mehr leisten, dem Vorschlag der VerkehrsplanerInnen 2019 zu folgen – nicht ökonomisch und auch nicht räumlich.

Zum Thema Bahnübergang von Sinsheim-Hoffenheim: auch hier ist keine schnelle Lösung zu erwarten, die Kosten einer Unterführung liegen auch hier im mittleren achtstelligen Bereich. Wir von den Grünen würden gerne versuchen einen anderen Weg zu gehen, um dort zeitnah eine Entspannung des Verkehrs zu erreichen. Durch eine wissenschaftliche Untersuchung beispielsweise könnte man vielleicht die ganze Problematik dieses Überganges im Kern erfassen und definieren. Es gibt offensichtlich Probleme in den Abläufen der Schrankenschaltungen insbesondere bei Verspätungen, welche dann zu diesen unerträglich langen und schwer erklärbaren Wartezeiten mit den entsprechenden Staus führen.

Wir von den Sinsheimer Grünen meinen:

Wäre es nicht sinnvoller die Bahnstrecke insgesamt von Meckesheim nach Sinsheim baulich zu verbessern? Das wäre eine notwendige Maßnahme zur Verbesserung des Nahverkehrs, mehr Begegnungspunkte in diesem Bereich, um eben diese Verspätungen der Bahn zu vermeiden.

Dieselben Verspätungen, welche auch maßgeblich für die langen Schrankenzeiten in Hoffenheim verantwortlich sind. Nach unserer Auffassung wären da die Millionen Steuergelder womöglich besser investiert, weil gleichermaßen der Autoverkehr und der ÖPNV davon profitieren könnte.

Auch wir alle, wir Kommunalpolitiker, müssen den Mut haben regulierend einzugreifen, denn das Verkehrsverhalten der meisten BürgerInnen, unser aller Verkehrsverhalten ist naturgemäß sehr träge – die Macht der Gewohnheit. In der „Großen Politik“ gab es ja auch in der jüngeren Vergangenheit mutige Ansätze – diese Trägheit aufzubrechen, ich erinnere nur an das Neun-Euro-Tickets – es geht alles, wenn man es will. Verkehrswende heißt auch mittel- und langfristig viel Geld sparen.

In Sinsheim sollte beim Neubau von Wohnungen das Errichten von Kfz-Stellplätzen auf ein Minimum beschränkt werden. Wir plädieren für 1 – 1,2 Stellplätze pro Wohneinheit. Das Schaffen von sinnvollen Parkplatzschlüsseln pro Wohneinheit kombiniert mit einem intelligenten Parkraummanagement das sind die Hebel zur Verkehrswende.

Ich glaube schon, dass nicht wenige BürgerInnen in Sinsheim erahnen, dass Sie ihr Verkehrsverhalten verändern müssen, weil keine absehbare, sprich bauliche Lösung für die Entspannung des Verkehrs in Sinsheim in Sicht ist und weil schlichtweg die hohe Inflation und die hohen Energiekosten uns alle zu einem Umdenken in Sachen Mobilität zwingen. Ich wünschte mir auch, dass wir so langsam mal aufhören, die Mobilität nur aus der Sicht des „eigenen Autos“ zu denken.

Der schon thematisierte Karlsplatz ist ein Paradebeispiel zum Thema Änderung des Verkehrsverhaltens in Sinsheim.

Die Frage stellt sich hier:

Geht es tatsächlich nur um diese 22 Parkplätze, welche weggefallen oder geht es um die Sorge, was mit unserer Innenstadt passiert?

In der Zeitung stand damals so schön „In Zeiten, in denen der Einzelhandel mit Amazon konkurriert, muss man bis vor die Ladentür fahren können...“. Ist das wirklich so?

Kaum einer wünscht sich, dass die Fußgängerzone in der Bahnhofstraße wieder abgeschafft wird. Man konnte noch nie vor jedem Laden in Sinsheim parken. In diesen Situationen entstand und entsteht Parksuchverkehr: zeitraubend, lärmend, nervend.

Und diese Situation entstand gerade bei den Parkplätzen auf dem Karlsplatz fast immer, die Parkplätze, die jetzt weggefallen sind. Autos standen teilweise in 2. oder sogar 3. Reihe oder sind pausenlos durch den Karlsplatz gekreist in der Hoffnung, dass irgendwo jemand rausfährt – sowas trübt einfach die Einkaufsstimmung.

Was ist denn heute? Ein Klick vom Sofa aus, alles sofort verfügbar, alles frei Haus. Man kann es meistens sogar kostenfrei bei Nichtgefallen zurückschicken. Zeitsparender und einfacher geht's nicht. Das ist die Alternative welche *Amazon, Zalando und Ko* uns anbieten und sind wir ehrlich, dagegen können auch noch so viele Parkplätze direkt vor der Ladentür nicht konkurrieren! Uns bleibt nur eins ... und das ist unsere Chance: Wir müssen diese Menschen vom Sofa runter und in unsere Stadt locken!

Aber wie?

Ambiente, Flair, Plätze zum Verweilen, historische Gebäude, insgesamt ansprechende Architektur, Sicherheit, Sauberkeit, Wasserplätze, die Möglichkeit Freunde zu treffen, Kunst und Kultur zu genießen, öffentliches Grün mit Beschattung, verkehrsberuhigte Zonen, attraktive Außengastronomie, und darauf aufsetzend wirkt dann ein breit gefächertes Einzelhandels-Angebot.

Weil die Menschen da sind, gehen sie auch da einkaufen. Und je mehr das Gesamtkonzept stimmt, je besser ist die eigene Laune und auch die Kauflaune. Das betreffende Stückchen „Karlsplatz“ war ein lauter, unruhiger, von Autoverkehr durchzogener, hässlicher, kaputter Platz. Und das wollte die Mehrheit des Rates ändern. Zumindest einen kleinen ersten Schritt tun, da die offizielle Umgestaltung des kompletten Platzes vermutlich erst ab 2026 möglich sein wird, wenn die Innenstadt Sanierungsgebiet ist.

Wir von den Grünen sehen in dieser verkehrsberuhigenden Maßnahme, welche von dem Gemeinderat mehrheitlich beschlossen wurde, einen Schritt in die richtige Richtung.

Flächen sparen

Insgesamt in der Flächennutzung und Flächenentwicklung muss es nur eine Richtung geben, und zwar die des Flächensparens. Die Gründe sind klar, dass muss man nicht mehr erklären - Flächenversiegelung, Starkregenereignisse und Landschaftsverbrauch das muss reduziert werden.

Der Gemeinderat hat sich zu Recht bereits im Juni 2021 mehrheitlich für die Verkleinerung des Vorranggebietes für Gewerbe und Dienstleistung südlich der A6 im Regionalplan Rhein-Neckar entschieden. Ich glaube, dass das Thema Flächen sparen bei der großen Mehrheit dieses Rates angekommen ist, was uns Grüne sehr freut.

Angesichts der stark gestiegenen Baukosten, den Zinssteigerungen und auch den enorm hohen Energiekosten wird das Modell der Neubausiedlungen mit Einfamilienhäusern unserer Meinung nach kurz- und mittelfristig ein Auslaufmodell im Kraichgau sein.

Man kann auch davon ausgehen, dass es in den nächsten Jahren zu viel Bewegung in dem Immobilienmarkt für bereits bestehende Einfamilienhäuser kommen wird. Viele dieser Häuser aus den 60er und 70er Jahren können nicht mehr gehalten werden aufgrund der hohen

Energiekosten und den Unsummen, welche für eine energetische Sanierung dafür eingesetzt werden, müsste. Wenn Sanierungen nicht wirtschaftlich attraktiver werden, wird durch Abriss dieser Häuser wieder neues Bauland für Einzel- oder Doppelhäuser entstehen. Je besser das Angebot, umso schneller werden diese alten Häuser mit ihren großen Grundstücken dem Markt zugeführt. Kurzum, wir brauchen keine Neuentwicklungen von Bauland mehr im Außenbereich.

Für die verdienten BesitzerInnen dieser Immobilien, MitbürgerInnen, die ihr ganzes Leben dort gelebt haben, sollten wir allerdings schnellstmöglich Alternativen schaffen, Stichwort Pflege-Immobilien oder Wohnquartiere mit Pflege-Angebot.

Wo wir in Sinsheim sehr wohl Flächen bereitstellen müssen, ist zum Ausbau von erneuerbaren Energien, Windkraftanlagen und Photovoltaik-Freiflächen, evtl. auch Biogas- und Nahwärme-Projekte. Wir, Deutschland, ja die gesamte Welt muss gewaltig auf das Tempo drücken in dem Ausbau von Erneuerbaren Energien. Insbesondere in den nächsten 6-8 Jahren sollte auch hier in Sinsheim keine Zeit verloren gehen. Als größte Flächengemeinde des Rhein-Neckar-Kreises in einer der sonnenreichsten Gegenden in Deutschland ist Sinsheim geradezu in der Pflicht einen großen Beitrag zur Energiewende beizutragen.

Auf 1 ha Land produziert eine PV-Anlagen derzeit etwa 1 MW erneuerbaren Strom, man kann damit ca. 250 Haushalte versorgen. Wenn wir allein nur unsere Haushalte in Sinsheim mit Solarstrom versorgen wollten, benötigen wir eine Fläche von mehr als 60 Hektar.

Flächenkonkurrenzen, bspw. mit fruchtbarem Ackerland könnte durch eine doppelte Nutzung der Flächen entschärft werden, Agri-Photovoltaik hat bereits heute schon in vielen Versuchen beste Ergebnisse gezeigt und die Gestehungskosten solcher Kombi-Anlagen sind inzwischen wirtschaftlicher als die Energieversorgung mit fossilen Energieträgern aufgrund der hohen Energiekosten. Ein riesengroßes Potential auch für unsere Landwirte.

Weitere große Integrierte Photovoltaikprojekte sehen wir bei den Randstreifen bei der A6, den Schallschutzwänden und auch auf den Dächern von vielen Industriehallen in unseren Gewerbegebieten. Ich zitiere den ehemaligen amerikanischen Präsidenten Barack Obama

„Yes we can“.

Das Elsenztal könnte zu einem Solar Valley werden.

Bei den Windparks, die vermutlich rund um Sinsheim entstehen werden, wird es auch mit Sicherheit einige kritische Einwendungen seitens unserer MitbürgerInnen geben vor allem wegen eines anderen Landschaftsbildes wie überall. Ohne Windenergie aber werden wir die Ziele, bis 2030 80% der Energie aus Erneuerbaren zu bekommen, nicht erreichbar sein. Wichtig ist deswegen für uns Grüne, dass diese Projekte mit finanziellen Beteiligungsmöglichkeiten von der Kommune und den Menschen vor Ort entstehen, damit die Akzeptanz möglichst groß ist. Entscheidend ist auch dass unsere BürgerInnen früh genug eingebunden sind. Nur so können wir alle für die Energiewende begeistern und mitnehmen.

Wir als Kommune spielen als zuständige Planungs- und Genehmigungsbehörde beim Ausbau der erneuerbaren Energien eine entscheidende Rolle. ImmobilieneigentümerInnen, AnlagenbetreiberInnen, EnergieversorgerInnen und InvestorInnen sind entscheidend für den Umbau der Energieversorgung. Unsere Stadtverwaltung wird als Moderator zwischen den vielen verschiedenen Akteuren gefragt sein.

Unsere Klimaschutzmanagerin Stefanie Kalla mit ihrer Querschnittsaufgabe zwischen den einzelnen Ämtern der Sinsheimer Stadtverwaltung ist ein Anfang. Genehmigungsverfahren werden mit Sicherheit vom Gesetzgeber in naher Zukunft so verändert, dass diese beschleunigt werden. Unsere Verwaltung sollte vorbereitet sein.

Die Aufstockung und Entlastung des Personals angesichts dieser enormen Aufgaben, welche dort auf uns zu kommen, d.h. Wohnungsbau plus Ausbau von Solar- und Windenergie plus transparente Bürgerkommunikation. Viel zusätzliche Arbeit im Sinsheimer Bauamt und auch in den Genehmigungsbehörden. Hier ist eine gute Ausstattung unserer Kommune mit einem fachlich qualifizierten Personal gefordert.

Da ist ein Hebel zur Energiewende, den wir hier als Gemeinderat per Beschluss sofort setzen könnten. Eine gemäßigte Stellenmehrung in diesem Bereich darf kein Tabu sein.

Leider gibt es einen enormen Modernisierungstau in allen Bereichen in unserem Land. Viele nicht erledigte Pflichtaufgaben der Politik der vergangenen Jahre fallen uns jetzt auf die Füße. Der Gesetzgeber, Bund und Land, bringt eine Vielzahl von neuen Verordnungen und Richtlinien ein, welche von den kommunalen Verwaltungen abgearbeitet werden müssen, Konzepte müssen unter Zeitdruck bei unvollständiger Datenlage entwickelt werden.

Offensichtlich gibt es dabei immer öfter keine Verzahnungen der verschiedenen Ebenen. Kurzum, unsere Kommunalverwaltung, das Personal unserer Stadtverwaltung, arbeiten oft am oberen Limit.

Wir von den Sinsheimer Grünen verstehen ganz gut das Klagelied unserer Verwaltung und deswegen möchten wir uns auch ausdrücklich für den Haushaltsansatz der Personalkosten 2023 zustimmen, jeder Euro von den 32,5 Millionen angesetzten Euros ist dort gut investiert und wie schon gesagt bei den wachsenden Aufgaben sollten wir da nicht sparen, wohl wissend, dass die kommenden Tarifverhandlungen diesen Betrag noch vermutlich erhöhen werden.

Es gibt landauf, landab einen Mangel an Fachkräften, Ausfälle von wichtigen MitarbeiterInnen oft auch wegen dem Wegfall von Personal durch Krankheit, Überlastungen wie bspw. Burnouts. Die Konkurrenz um gute Bewerber ist riesig. Verschiedene Arbeitszeitmodelle, Familienfreundlichkeit, Flexibilität in der Arbeitszeit, Sabbatjahr, mobiles Arbeiten, Stichwort Homeoffice, Breitstellung von Endgeräten, all diese Dinge sind oder sollten Standard im Personalmanagement der Stadt Sinsheim sein.

Eigenverantwortung und selbstständiges Entscheiden muss auch immer wieder hervorgehoben werden in den Stellenausschreibungen, um die richtigen Bewerber zu motivieren. Wir haben sehr gute und kompetente MitarbeiterInnen in der Sinsheimer Stadtverwaltung. Ich kann nur raten bei einer Sitzung des Personalrats teilzunehmen. Man kann dort erleben was alles von Seiten der Stadtverwaltung angeboten wird im positiven Sinne und vor allem welche Fachkräfte sich bewerben.

Thema Geflüchtete in Sinsheim.

Was vor unserer europäischen Haustür gerade passiert, kann man eigentlich nicht mit Worten beschreiben. Über 8 Millionen Ukrainer und Ukrainerinnen, in der Mehrheit Frauen und Kinder, sind heute in ganz Europa auf der Flucht. Über 170000 Geflüchtete (70000 mehr als 2015) sind inzwischen in Baden-Württemberg angekommen, davon 142000 aus der Ukraine, die Schutz vor den russischen Bomben und dem sicheren Erfrierungstod unter anderen auch hier in Sinsheim suchen.

Man kann vermuten, dass es in den nächsten Wochen und Monaten noch mehr Geflüchtete geben wird und einige von Ihnen auch länger von unserer Gesellschaft versorgt werden müssen.

Bisher kommen wir durch hier in Sinsheim dank einer umsichtigen Verwaltung und natürlich ist die Anschlussunterbringung eine enorme Herausforderung, aber wir haben bisher noch keine Zeltstadt bauen müssen und wir haben noch keine Sport- oder Tennishalle in Sinsheim aufgeben müssen.

Wir als politisch Verantwortliche hier in Sinsheim sollten nicht in der Öffentlichkeit in eine Notstandsrethorik verfallen – wir müssen Lösungen suchen. Ich möchte an dieser Stelle auch unsere OrtsvorsteherInnen loben, die in dieser Hinsicht wirklich große Arbeit in den Ortsteilen geleistet haben. Wir müssen uns mit dem Umstand eines, hoffentlich nur zeitweise begrenzten hohen Flüchtlingsstandes in Sinsheim auseinandersetzen.

Wir als Gemeinde haben aus 2015 gelernt. Vorbereitende Maßnahmen sind notwendig, besser heute als morgen. Eine Schwachstelle sieht unsere Fraktion in Sinsheim in der begleitenden Flüchtlingssozialarbeit. Anders als 2015 sind ja 2022 viel mehr Frauen mit Kindern gekommen. Hier fehlt es an mehr Betreuungsangeboten.

Ich appelliere an meine GemeinderatskollegInnen bei zukünftigen Entscheidungen zum Thema Geflüchtete in den nächsten Monaten Kompromissfähigkeit zu zeigen und dann über Entscheidungen zu dem Thema für die Öffentlichkeit möglichst geschlossen aufzutreten. Es geht auch um den sozialen Frieden in Sinsheim.

Geschlossenheit, Solidarität und Nächstenliebe, das sind unsere Waffen hier in Sinsheim gegen diesen Krieg, der gegen diese UkrainerInnen geführt wird. Ein Volk, was für seine Unabhängigkeit kämpft und sich nichts anderes wünscht als in einer demokratischen und freien Gesellschaft zu leben.

Ich möchte nur daran erinnern, dass die deutsche Zivilgesellschaft gerade direkt nach Kriegsende 1945 massiv von den USA, Großbritannien auch anderen europäischen Ländern unterstützt wurde. Ernährung, Energieversorgung und Verkehr brachen damals in Deutschland wie heute in der Ukraine damals komplett zusammen. Wir Deutsche standen auch mal auf der anderen Seite

Bürgerbeteiligung

Die Kommunikation und Einbeziehung der BürgerInnen gehörten zu einer demokratisch orientierten Kommunalpolitik.

Im Jahr 2000 gab es eine sogen. „Zukunftskonferenz“ in Sinsheim, die Älteren werden sich erinnern – aus den Nachfolgeveranstaltungen entstand die Lokale-Agenda-21. Aus dieser Zeit entstand unter anderen die Agenda Gruppe „Soziales Sinsheim“ welche später die heute so wichtige Institution „den Sinsheimer Tafelladen“ gründete. Eines von mehreren Beispielen die zeigt, wie wichtig und produktiv Bürgerbeteiligung in Sinsheim sein kann.

Heute 2022 glauben wir Grüne und ich denke auch viele unserer GemeinderatskollegInnen, dass es absolut notwendig ist, eine neue „Zukunftskonferenz für Sinsheim“ gemeinsam mit unseren MitbürgerInnen ins Leben zu rufen - vielleicht mit einer *Agenda 2035*.

Die Frage stellt sich immer und immer wieder:

Wie und wohin wollen wir uns hier in Sinsheim entwickeln?

Neben den klassischen Ratsthemen wie Baumaßnahmen in Gemeinde-Infrastruktur, Wohnen, Bildung und Personal kommen Themen wie bspw. der zu erwartende Hausärztemangel, medizinische Versorgungszentren, das Fehlen von Kulturangeboten, fehlende Proberäume von Musikbands oder aktuelle Entwicklungen der Vereinslandschaft einfach viel zu selten auf die Tagesagenda des Gemeinderats.

Eine Bürgerbeteiligung ist gerade deswegen auch in den Ortsteilen sehr wichtig. In immer mehr Gemeinden Baden-Württembergs wird beispielsweise die unechte Teilortswahl wieder abgeschafft.

Zu kompliziert, zu aufwendig, zu teuer und zu undemokratisch – das sind oft die Schlagwörter gegen Unechte Teilortswahl. Gerechtere Vertretung in den Gremien das ist das Dafür-Argument.

Die Frage stellt sich: Steigt die Qualität der Gemeinderatsarbeit mit der Anzahl der Gemeinderäte?

Wir von Bündnis 90/die Grünen der Gemeinderatsfraktion Sinsheim halten die „Unechte Teilortswahl“ als ein eher schlechtes demokratisches Werkzeug. In aller erster Linie schafft es ein diffuses Bild über den Wählerwillen in unserer Kommune.

Wenn man die Gemeinderatssitzungen in Sinsheim verfolgt, ist der vielleicht gewünschte politische Effekt für die Ortsteile, dass neben den eigentlichen Ortsverstehern noch zusätzliche Vertreter der Teilorte, teilweise auch überproportioniert, in den Sitzungen, Hauptgremien und Ausschüssen anwesend sind, nicht wirklich sichtbar.

Der Ortschaftsrat der Teilorte und deren Ortsvorsteher sind ja die eigentliche Vertretung für unsere Stadtteile. Sie bleiben bestehen. Die Ortsvorsteher der Sinsheimer Teilort hat immer ein Rede- und Vorschlagsrecht im Gemeinderat.

Ganz besonders wenn es um Themen geht, welche sich auf die Teilorte beziehen.

Jeder einzelne Befürworter der Teilortswahl sollte sich genau diese Frage stellen: Was hat die „Unechte Teilortswahl“ in Wirklichkeit für die Bürger der Teilorte verbessert?

Selbstverständlich muss Politik verlässlich sein, nur das partnerschaftliche Miteinander von Kernstadt und Ortsteilen kann unsere Kommune weiterbringen. Vertrauen schaffen in der Bevölkerung das ist die Devise. Immer wieder Schnittstellen zwischen Verwaltung – Politik – BürgerInnen neu entstehen zu lassen. Das stärkt unsere Gemeinschaft und auch unsere Demokratie.

Am Ende möchte ich mich bei all meinen GemeinderatskollegInnen bedanken für eine oft sehr konstruktive Zusammenarbeit, aber auch für die lehrreichen Auseinandersetzungen.

Natürlich sind wir nicht alle einer Meinung und auch manchmal heftig ausgetragene Diskussionen müssen durchgehalten werden. *Zum Wohle von Sinsheim* – das war der Schwur.

Meine Damen und Herren - in dieser Krise liegt die Möglichkeit mit Mut und Innovation Neues und Gutes für Sinsheim zu schaffen – lasst es uns gemeinsam angehen für das Jahr 2023.

Die Fraktion Bündnis 90/die Grünen wird diesem Haushaltplan 2022 in dieser Form zustimmen.

Einen großen Dank an die Damen und Herren der Verwaltung die diesen 500-Seitigen Haushaltsplan in mühevoller Arbeit aufgestellt haben. Ich möchte mich bei Ihnen Herrn Oberbürgermeister, sowie bei den Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Ämter herzlich bedanken für die Zusammenarbeit in den Sitzungen der Ausschüsse und des Rates. Allen Anwesenden, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, Bürgerinnen und Bürger der Stadt Sinsheim, ich wünsche Ihnen an dieser Stelle ein frohes Fest und einen guten Rutsch. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!